
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 16.02.2023

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:47 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion der AfD, eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 16.02.2023 um 16.30 Uhr mit 9 stimmberechtigten Mitgliedern. Er begrüßte die Gäste sowie Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün und Frau Wirth, Amtsleiterin des Amtes für Stadtfinanzen.

Er stellte die form- und fristgerechte Ladung der Sitzung fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 12.01.2023 wurde vereinbart, den Geschäftsführer der Industriehafen Roßlau GmbH, Herrn Mörer zur Berichterstattung zum Hafen einzuladen.

Herr Mrosek bat die Teilnehmer des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus um ihr Einverständnis, sobald Herr Mörer aus Riesa anwesend sei, ihm diesbezüglich das Wort zu erteilen und die Tagesordnung entsprechend zu gestalten. Dies fand Zustimmung.

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht. Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9 - 0 - 0

3 Genehmigung der Niederschriften vom 13.10.2022 und 12.01.2023

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis:

Niederschrift 13.10.2022: 7 – 0 – 2

Niederschrift 12.01.2023: 7 – 0 – 0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion AfD, informierte über die BV/425/2022V-40 zur Vergabe der Unterhaltsreinigung, Grundreinigung (optional) sowie des Winterdienstes für die Grundschule „An der Heide“ einschl. Sporthalle, Grundschule „Hugo Junkers“ und „Sekundarschule Friedensschule“ einschl. Sporthalle, über welche im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus am 12.01.2023 kontrovers diskutiert wurde.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion der AfD verlas die schriftlich eingereichten Fragen der Einwohnerfragestunde.

Zitat:

Frage 1

Wieso läuft das so in Dessau?

In der Mitteldeutschen Zeitung war zu lesen das es in Dessau 47 Gewerbeabmeldungen mehr als Gewerbeanmeldungen gegeben hat im Jahr 2022. Damit hat Des-

sau ein weiteres trauriges Alleinstellungsmerkmal. In allen anderen Kommunen Sachsen Anhalts gibt es mehr Anmeldungen als Abmeldungen.

Dann erstaunt die Zahl von 47 doch schon sehr.

Es wäre hilfreich zu wissen wie viel Anmeldungen und Abmeldungen es in Dessau gab um diese Zahl besser einordnen zu können.

Trotzdem kann es nicht sein das es nur in Dessau so schlecht läuft. Das muss Ursachen haben und zwar in Dessau. Überall anders läuft es besser.

Die Wirtschaft, also das Gewerbe, sollte das Rückrad der Stadt sein. Bei diesen Zahlen brauchen wir uns nicht wundern das die Bevölkerung der Stadt Dessau-Rosslau immer mehr schrumpft.

Frage 2

Welche messbaren Verbesserungen im Wirtschaftlichem Gefüge sind durch die Eröffnung des Bauhausmuseums seit dem festgestellt worden?

Frage 3

Wie genau sind die Zahlen dafür, Auslastung,Kosten?

Um den Touristen die Sehenswürdigkeiten vor allen des Bauhauses näher zu bringen wurde die Bauhausbuslinie geschaffen die vom Bauhaus über das Bauhausmuseum bis zum Konsumgebäude und Stahlhaus verläuft.

Wenn man diese Busse im Stadtbild sieht sind sie meistens leer. Es scheint das dieses Touristische Angebot ehr sehr schwach angenommen wird.

Zu allen drei Fragen wurde durch den **amt. Amtsleiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, Herrn Schmidt**, eine schriftliche Beantwortung zugesichert.

Die Beantwortung wird in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketinggesellschaft mbH bzw. mit der DVG mbH und dem Tiefbauamt erfolgen.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion der AfD begrüßte den zwischenzeitlich eingetroffenen Geschäftsführer der Industriebahnhof GmbH Roßlau, Herrn Mörer.

Herr Mrosek erörterte den Hintergrund für die Anwesenheit von Herrn Mörer. Aufgrund einer Bürgeranfrage im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus zum Hafen Roßlau wurde daraufhin der Geschäftsführer eingeladen.

Der Hafen habe eine schwere Zeit hinter sich, der Umbau und die Coronazeit, so merkte **Herr Mrosek** einleitend an. An den Geschäftsführer, **Herrn Mörer** richtete er folgende Fragen: „Wie sehen Sie perspektivisch den Hafen Roßlau, dass er in Zukunft wieder mehr angenommen wird? Was können wir leisten? Warum finden keine Be- und Entladungen auf Grund fehlender Kräne statt“.

Der Geschäftsführer der Industriehafen GmbH, **Herr Mörer**, erläutert, dass die SBO (Sächsische Binnenhäfen Oberelbe GmbH) die Angebote für die Wirtschaft weiter aufrechterhalten hat, während der Betrieb „ruhend“ gestellt war. Im Folgenden ging Herr Mörer auf die Stärken und Schwächen des Industriehafens ein. Einen erheblichen Teil der Hafengesellschaft macht derzeit der Rangierbereich aus.

Die IHR hat kein Investitionsprogramm, aktuell verfügt sie über einen Kran mit einem Aktionsbereich von ca. 70 Metern, hinzu kommen noch Verladekräne etc. Somit kann der derzeitige Bedarf vollumfänglich abgedeckt werden. Im Weiteren führte er zur Rangiertechnologie und zum Rangierbereich aus. Aus seiner Sicht liegt die Zukunft im Bahnbetrieb. Dank der Infrastruktur sieht er die IHR hier auch gut aufgestellt.

Herr Tschammer, Fraktion der SPD, erbat sich Zahlen zu den jährlichen Einnahmen und Ausgaben. Nach Information von **Herrn Mörer** betrugen die Einnahmen 1,128 Mio Euro im Jahr. Das Jahr 2022 wurde mit einem Minus von 65.000 Euro abgeschlossen. Für das Jahr 2023 gibt es noch keinen Wirtschaftsplan.

Herr Tschammer, Fraktion der SPD, wies auf die bereits in Millionenhöhe erfolgten Investitionskosten hin. Er hätte sich erhofft, dass sich diese Investitionskosten irgendwann rentieren würden. Nachdem, was er aktuell gehört hat, sieht er keine Zukunft für den Hafen.

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion AfD, fragte an, ob eine Besichtigung des Industriehafens möglich sei.

Der Geschäftsführer, **Herr Mörer**, bot sich für eine Terminvereinbarung an. Herr Mrosek wird sich mit ihm in Verbindung setzen.

Herr Pätzold, Fraktion DIE LINKE.Dessau-Roßlau, gab zu bedenken, dass es trotz Investitionen in Millionenhöhe kein Hafen ist, sondern eher ein Rangierbetrieb. Das sollte an anderer Stelle noch einmal diskutiert werden.

6.1 Durchführung des Adventsmarktes der Stadt Dessau-Roßlau 2023 bis 2027
Vorlage: BV/433/2022/II-32

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion der AfD eruierte, ob für diese Vorlage seitens der Stadträte Einführungsbedarf besteht.

Herr Dr. Reck, Oberbürgermeister, ergriff das Wort und führte kurz in diese Beschlussvorlage, welche zur Kenntnisnahme vorlag, ein.

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Pätzold, Die Linke.Dessau-Roßlau, fragte an, ob es im Amt für Wirtschaftsförderung personelle Veränderungen gibt.

Herr Dr. Reck, Oberbürgermeister, teilte mit, dass es ein Amt für Wirtschaft und Stadtplanung gibt, welches neu gegründet wurde. Veränderungen gab es nicht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Grundsteuer/ Hebesätze Grundsteuer B und C senken!
Vorlage: FV/001/2023/AfD

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion AfD, verlas den Beschlusstext und führte in die Thematik ein.

Herr Tschammer, Fraktion der SPD, regte an, den Gesamtkomplex zu beachten. Das heißt, Bürger und Gewerbe sind in der Betrachtung hinsichtlich Senkung der Hebesätze gleichzustellen. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Dessau-Roßlau auch auf Ansiedlungen von Gewerbe angewiesen ist, kann eine Besserstellung der

Bürger nicht das Ziel sein. Eine gründliche Untersuchung für beide Steuerzahler hielte er für sinnvoll und würde er auch unterstützen.

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion AfD, hält dahingehend eine Einigung für möglich. Herr Mrosek würde dies gern als Prüfauftrag an die Stadt Dessau-Roßlau geben.

Frau Wirth, Amtsleiterin für Stadtfinanzen, erhielt sodann Gelegenheit sich zu diesem Thema zu äußern. Sie erörterte die notwendig gewordene Grundsteuerreform dem Grunde nach. Das Bundesverfassungsgericht hatte festgestellt, dass das derzeitige Grundsteuergesetz und das Grundsteuererhebungsverfahren nicht verfassungskonform sind. Derzeit ist es so, dass gleiche Grundstücke eine ungleiche Grundsteuer bezahlen. Mit der Reform soll dies geändert werden. Das Ende der Reform ist für den einzelnen Grundsteuerpflichtigen unterschiedlich. Es wird welche geben, die haben weniger Grundsteuer zu zahlen als derzeit, und andere haben mehr zu zahlen als aktuell. Und das ist genau deshalb so, weil die Ungerechtigkeit, dass gleiche Grundstücke keine gleiche Grundsteuer bezahlen, beseitigt werden soll. Und wenn der Tenor der Beschlussvorlage der ist, dass den Eigentümern von Immobilien auf Grund von Grundsteuererhöhungen keine zusätzlichen Belastungen entstehen, dann geht das nicht auf. Es wird Eigentümer geben, die haben mehr zu zahlen.

Die Stadt Dessau-Roßlau hat noch nicht einen Steuermessbescheid vom Finanzamt erhalten. Wenn alle Daten vorliegen, wird die Stadt Dessau-Roßlau Berechnungen vornehmen mit der Neugestaltung dieser neuen Messbeträge, und den Stadträten einen Vorschlag für die künftigen Hebesätze unterbreiten. Gleichzeitig erhalten die Stadträte damit eine Information zur den Auswirkungen und zur Höhe des Steueraufkommens. Der Hebesatz ist in jedem Fall zu beschließen, auch wenn er gleich bleiben sollte. Das heißt, die Befassung des Stadtrates erfolgt im Jahr 2024 zur Hebesatzsatzung zur Grundsteuer.

Die Grundsteuer C betrifft Land- und Forstwirtschaftliche Betriebe und bebaute Grundstücke. Der Gesetzgeber hat hier die Möglichkeit eingeräumt, für baureife Grundstücke in der Innenstadt eine Grundsteuer C zu erheben, d. h. eine höhere als für üblicherweise Baugrundstücke. Dafür muss die Stadt aber einen Bedarf nachweisen.

Zur Grundsteuer C hat sich die Stadt Dessau-Roßlau aktuell noch nicht entschieden, ob sie die Anforderungen erfüllt, eine Grundsteuer C zu erheben. Dafür müsste sie einiges nachweisen. Auch hier wäre ein Stadtratsbeschluss notwendig.

Frau Wirth, Amtsleiterin für Stadtfinanzen, wies abschließend darauf hin, dass das Ziel die Aufkommensneutralität ist. Das heißt, es gibt Veränderung in der Gruppe, aber das Aufkommen bleibt neutral.

Auf Grund fehlender Basisdaten kann die Verwaltung aktuell jedoch keinen Prüfauftrag realisieren.

Herr Kassner, Fraktion DIE GRÜNEN, FDP Neues Forum – Bürgerliste, ergriff das Wort um festzuhalten, dass Frau Wirth eindrucksvoll erklärt hat, dass ein Beschluss erst möglich ist, nachdem die Verwaltung einen Beschlussvorschlag zum Steuerhebesatz mit dem die Stadt aufkommensneutral bleibt, eingebracht hat.

Herr Jüling, Fraktion der CDU, bat um Zurückstellung der Beschlussvorlage.

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion AfD, äußerte sich verwundert, weshalb die Bearbeitung trotz Fristsetzung durch den Gesetzgeber durch das Finanzamt so lange dauert.

Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen, erklärte, dass die städtische (digitale) Schnittstelle vorhanden sei, aber das Finanzamt derzeit keine Daten übermittle.

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion AfD, stellte die Vorlage mit dem Hinweis zurück, sie auf Wiedervorlage für den Herbst zu nehmen. Sollte das Zahlenmaterial durch die Verwaltung eingearbeitet sein, könnte die Beschlussvorlage auch nicht mehr zur Abstimmung gebracht werden.

Frau Müller, Fraktion der CDU, verwies darauf, dass kein verwertbares Zahlenmaterial vorliege und der Vorschlag von Frau Wirth, zum gegebenen Zeitpunkt zu informieren, sehr gut sein.

Herr Gebhardt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab den Hinweis, die Beschlussvorlage hinsichtlich der Aufnahme des Gewerbes zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage wurde zurückgestellt.

7.2 Beschluss zur Bewerbung für die Bundesgartenschau 2035 in Dessau-Roßlau **Vorlage: BV/010/2023/III-63**

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, stellte die Herren Seebauer und Steinbrenner vom Büro SWUP vor und bat um die Power Point Präsentation zur Beschlussvorlage. Auftrag war die Erstellung einer Machbarkeitsstudie „Eine Stadt wird BUGA“.

Den Ausführungen des **Herrn Seebauer**, Büro SWUP zufolge ist die BUGA ein Meilenstein in der Stadtentwicklung. Der Prozess zum Beginn dieser Veranstaltung ist ein wesentlicher Teil. Die Projekte, welche auf den Weg gebracht werden, zeigen eine Wirksamkeit bis in das nächste Halbjahr des 21. Jahrhunderts hinein. Es wer-

den Projekte auf den Weg gebracht, die für die Stadtentwicklung und damit für die Bürgerinnen und Bürger eine zukunftsgerechte, nachhaltige Stadt darstellen sollen.

Es geht darum, moderne innovative Dinge auf den Weg zu bringen, die langfristig und nachhaltig Wirksamkeit haben.

Dabei steht die Stadt als Ganzes und die Innenstadt im Schwerpunkt im Focus.

Projekte der langfristigen Stadtentwicklung, welche bereits auf der städtischen Agenda standen, wurden zum Teil aufgegriffen.

Die Erörterung der 5 Leitthemen übernahm **Herr Steinbrenner**, Büro SWUP.

- New Work – Wohnen und Arbeit 4.0
- Gärten im Klimawandel – Gartenreich 4.0
- Stadt am Wasser – Mulde und Elbe
- Mobilität der Zukunft – Verkehrsräume 4.0
- Geschichte und Zukunft der Moderne – Integration von Innovation

Herr Steinbrenner, Büro SWUP, erörterte die Konzeption der Bundesgartenschau 2023, ebenfalls die Systematik von Stadt-Mosaiken und Fugen.

Herr Seebauer, Büro SWUP, führte weiter zum Thema Umsetzung aus.

Es bedarf einer hohen Qualität in der Planung, Umsetzung, Pflege und Instandhaltung der Projekte. Dafür ist ein tragfähiges Finanzierungskonzept notwendig. Dies soll einerseits nachhaltig positive Effekte für die Stadt Dessau-Roßlau und ihr Umfeld ermöglichen, aber zugleich die Belastungen der kommunalen Haushalte in einem verträglichen Rahmen halten.

Der Haushalt einer BUGA gliedert sich in einen Investitions- und einen Durchführungshaushalt, deren Ausgaben aus unterschiedlichen Quellen gedeckt werden können.

Der Investitionshaushalt und die Finanzierungsstruktur sowie der Durchführungshaushalt laut Machbarkeitsstudie wurden durch **Herrn Seebauer**, Büro SWUP, dargestellt. Es wird mit Investition von rund 140 Millionen Euro in den Jahren 2024 bis 2035 gerechnet. Rund 75 % sollen über Fördermittel finanziert werden.

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Mrosek**, dankte dem Büro SWUP für den interessanten Vortrag. An das Büro SWUP gerichtet, stellte sich ihm die Frage, ob der Individualverkehr während der Bauphasen auch z. B. in die Dessauer Vororte, behindert wird. Weiter fragte er nach einem Bauzeitenplan.

Herr Steinbrenner, Büro SWUP, verwies auf die Darstellung der Jahresschreiben des Finanzierungsplanes. Es ist ersichtlich, dass bereits im Jahr 2024 mit ersten Ausgaben begonnen wird, wobei die letzten Ausgaben im Jahr 2035 zu verzeichnen sind. Ab 2030 / 2031 werden die Baumaßnahmen beginnen.

Während der BUGA selber, dienen die Verkehrswege, die als Fugen ausgewiesen worden sind, auch als Wege der Fortbewegung im Rahmen der Gartenschau selbst. Es könnte zu geringfügigen Beeinträchtigungen kommen. Aber es geht auch darum, dass man langfristig diese Verkehrsräume dahin entwickelt, dass auch der Individualverkehr stattfinden kann. Dies geschieht auch im Austausch mit den Anliegern und Anrainern, aber zukunftsgerichtet – Stichwort Verkehrswende.

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Mrosek**, bat die Amtsleiterin für Stadtfinanzen, Frau Wirth, um Beurteilung hinsichtlich der Finanzierung und städtischen Eigenmittel.

Frau Wirth, Amtsleiterin des Amtes für Stadtfinanzen, stellte klar, dass Dessau-Roßlau derzeit kein finanzielles Problem habe, wohl aber ein Problem, Investitionsmaßnahmen umzusetzen - aus unterschiedlichen Gründen. Die BUGA biete auf jeden Fall großes Potential, man müsse aber Prioritäten setzen.

Auch der Durchführungshaushalt ab dem Jahr 2035 ist nicht unproblematisch zu sehen.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erinnerte daran, dass diese Machbarkeitsstudie und die BUGA auch Themen beinhalten, welche die Stadt Dessau-Roßlau zum Teil ohnehin hätte künftig leisten müssen. Die BUGA ist eine „Eintrittspforte“ zu den großen Leistungsträgern und Fachleuten. Sie wissen wirklich, wie kann man mit dem Thema Klima umgehen. Diese Fachleute gilt es an die Stadt zu binden. Wir haben ein Flächenproblem, wir haben ein klimatisches Problem und wir haben die Gärten und Parks, für die wir eine Lösung finden müssen. Dessau-Roßlau hat das Umweltbundesamt in der Stadt, es gilt mit geballter Kraft den Standort zu entwickeln, Quartiere zu schließen und attraktive Grundstücke und Wohnraum zu schaffen, um Einwohner an die Stadt Dessau-Roßlau zu binden, so Frau Lohde.

Aus ihrer Sicht wurde die Machbarkeitsstudie solide kalkuliert und stellt eine absolute Fleißarbeit dar.

Es gilt, das Votum der Landesregierung einzuholen.

Frau Müller, Fraktion der CDU, bat darum, eventuelle Kostenentwicklungen / Kostensteigerungen bereits jetzt zu berücksichtigen.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass Kostensteigerungen bereits in Höhe von 40%, involviert sind, d. h. insgesamt knapp 200 Millionen Euro Ausgaben.

Herr Kaßner, Fraktion DIE GRÜNEN, FFDP Neues Forum – Bürgerliste stellte fest, dass sich für die Stadt Dessau-Roßlau mit der BUGA eine große Chance biete.

Herr Tschammer, Fraktion der SPD, sieht zum jetzigen Zeitpunkt die Finanzierung nicht als das Problem an. Wichtiger erachtete er die Verkehrsführungen durch die Stadt in den Richtungen Nord/Süd und Ost/West. Der Albrechtsplatz ist zum Beispiel nicht als Durchgangsstraße geeignet. Wohin soll der Fernverkehr geleitet werden? Er bat dies in die Planungen mit aufzunehmen bzw. über Verständigungen darüber. Er erinnerte gleichfalls daran, dass die Waldsiedlung aus Roßlau nach Dessau verlagert werden sollte. Er bat darum, eventuell einen Arbeitskreis zu diesem Thema zu bilden.

An die Schaffung von Parkräumen außerhalb des Zentrums, die Stärkung des ÖPNV, gerade in den Vororten und auch im Zusammenhang mit der Verkehrswende appellierte **Herr Kaßner**, Fraktion DIE GRÜNEN, FDP Neues Forum – Bürgerliste. Mobilität müsse neu gedacht werden.

Es wird ganz sicher eine große Bürgerbeteiligung geben. Es ist eine gemeinsame Aufgabe und auch eine große Chance einen individuellen Weg zu finden, so führte **Frau Lohde**, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, aus.

Herr Bernstein, Fraktion DIE GRÜNEN. FDP NEUES FORUM – Bürgerliste, merkte an, dass die Stadt Dessau-Roßlau mit dieser Präsentation eine wunderbare Basis bekommen hat. Diesen Ball, der auch von der Landesregierung vorgelegt wurde, sollte aufgenommen werden und als Chance wahrgenommen werden, die Stadt fit, lebenswert und attraktiv zu machen und junge Menschen anzulocken, die dann auch mit ihren Familien nach Dessau-Roßlau ziehen.

Herr Jüling, Fraktion CDU, hinterfragte den Aspekt der Kosten nach dem Jahr 2023. Ist eine Kostenerhöhung zur Erhaltung notwendig?

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, gab zu bedenken, dass wir die Flächen bereits jetzt schon haben. Nach 2035 werden sie sich in einer höheren Qualität durch die intensivere Überplanung und Umsetzung befinden. Und wir werden sie, wie auch heute, pflegen.

Durch das Büro SWUP, **Herrn Seebauer**, wurde die angestrebte Nachhaltigkeit der Flächen erwähnt. Der Pflege- und Erhaltungsaufwand soll sich auf ein normales Maß belaufen. Diese Kosten wurden nicht gesondert kalkuliert und müssten durch die Stadt Dessau-Roßlau eingestellt werden.

Auch **Herr Steinbrenner**, Büro SWUP, meinte, dass auf Grund von innovativen Planungen weniger Pflegeaufwand zu erwarten sein. Neu bedeute nicht gleich teuer.

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion AfD brachte die Beschlussvorlage sodann zur Abstimmung.

Der Ausschussvorsitzende und Fraktion AfD, **Herr Mrosek**, dankte dem Büro SWUP für die Ausführungen und rief zur Beschlussfassung auf.

Abstimmungsergebnis: 8 - 0 - 1

18.45 Uhr stellte der Ausschussvorsitzende, **Herr Mrosek**, Nichtöffentlichkeit her.

Dessau-Roßlau, 08.11.23

Andreas Mrosek
Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus

Andrea Kopitzki
Schriftführer